

6. Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung

Antrag des Regierungsrates vom 10. April 2024 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 20. September 2024

KR-Nr. 226a/2019

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die STGK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der GLP betreffend «Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung» abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, eine Strategie für eine partizipative Demokratie zu erarbeiten, um eine neue informelle Beteiligungsmöglichkeit der Bevölkerung mittels digitaler Mitwirkungs- und Ideenplattformen zu erarbeiten. Dazu wurde im Jahr 2020 das Projekt «Partizipation neu denken» als Teil des Impulsprogramms «Digitale Verwaltung 2018 bis 2022» gestartet. Die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) erhielt den Auftrag, eine Bestandesaufnahme zu erstellen, und erarbeitete auf deren Grundlage einen Partizipationsbaukasten, der als Wegleitung dienen soll. Mit dem Baukasten der Empfehlungen aus der Studie und der Bereitstellung von zusätzlichen personellen Mitteln wird gemäss Regierungsrat die Partizipation der Bevölkerung sowohl in digitaler als auch in nicht digitaler Form gestärkt. Die Kommission folgt dieser Einschätzung. Besten Dank.

Isabel Garcia (FDP, Zürich): Das Wichtigste vorneweg: Die FDP schreibt das Postulat ab, das die Erarbeitung einer Strategie für neue partizipative Formen der Demokratie mit digitalen Mitwirkungsplattformen fordert. Aus Sicht der FDP, die den Vorstoss 2019 ja mitüberwiesen hat, hat der Regierungsrat in seinem Bericht überzeugend dargestellt, dass in den letzten Jahren eine solche E-Partizipationsstrategie erarbeitet und auch umgesetzt wurde. Wie bereits erwähnt, führte 2021 die ZHAW eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch, und diese hat gezeigt, dass knapp die Hälfte der Befragten mehr demokratische Mitwirkung wünscht und dabei digitale Partizipationsformen ganz klar bevorzugt werden. Die FDP begrüsst es in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass der Kanton bei der Umsetzung der E-Partizipationsstrategie gegenüber den Gemeinden zurückhaltend agiert. Denn es gibt für die Gemeinden keine gesetzlichen Verpflichtungen, digitale Partizipationsformen zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden sollen weiterhin frei sein, ob, und wenn ja, welche solche digitalen Tools sie einsetzen möchten. Dass der Kanton nun aber, wie ebenfalls bereits erwähnt, einen Partizipationsbaukasten zur Verfügung stellt, der bei der Umsetzung digitaler Verwaltungsleistungen hilft, wird von der FDP unterstützt. Ebenfalls begrüssen wir, dass seit 2022 die E-Vernehmlassung ZH lanciert wurde, die es allen interessierten Kreisen ermöglicht, unkompliziert eine Rückmeldung zu Gesetzesvorhaben zu geben. Wie gesagt, die FDP schreibt ab. Besten Dank.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Wir haben das Postulat, welches diesen Bericht gefordert hatte, mit Unterstützung überwiesen. Wir sehen grossen Handlungsbedarf in der Förderung der politischen Partizipation. Einerseits ist die Beteiligung gerade bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen jeweils ziemlich gering. Bei unseren letzten Kantonsratswahlen 2023 betrug diese circa 35 Prozent. Andererseits ist es an der Zeit, über alternative, niederschwellige und inklusive Formen der politischen Partizipation nachzudenken, damit die Ideen aus der breiten Bevölkerung informell in das politische System einfliessen können.

Aber wie schafft man digitale Mitwirkungs- und Ideenplattformen, die dann auch wirklich genutzt werden? Das ist keine leichte Aufgabe und erfordert Mut zu demokratischem Experimentalismus. Die Regierung hat sich im Rahmen des Projektes «Partizipation neu denken» mittels einer Studie Hilfe bei der ZHAW gesucht und legt in ihrem Bericht dar, welche der empfohlenen Massnahmen von der Verwaltung nun umgesetzt werden. Der Bericht und die weiteren Ausführungen der Regierung und Verwaltung in der Kommission konnten die SP davon überzeugen, dass der Kanton auf einem guten Weg ist. Erstens wird das Thema ganzheitlich angegangen, es werden gleichzeitig analoge und digitale Massnahmen zur Förderung der Partizipation geprüft. Ausserdem kann eine Teilzeitstelle sicherstellen, dass die Umsetzung zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten koordiniert und strategisch erfolgt und der Wissensaustausch mit den Gemeinden sichergestellt ist.

Wir stimmen dem Antrag der Regierung auf Abschreibung des Postulats zu und wünschen den beteiligten Stellen weiterhin gutes Gelingen bei der Umsetzung. Eine aktive und breite Beteiligung möglichst vieler Bewohnerinnen und Bewohner ist für unseren Kanton kein Nice-to-have, sie ist das Fundament einer gesunden Demokratie und wird unsere Entscheide nachhaltiger und besser legitimieren. Vielen Dank.

Gabriel Mäder (GLP, Adliswil): Politische Teilhabe ist das zentrale Element der schweizerischen Demokratie, und dieses Postulat der GLP war ein Vorstoss, um diesen Austausch zwischen Bevölkerung, politischen Entscheidungsträgern und Verwaltung mittels digitaler Lösungen zu beschleunigen und zu vertiefen. Denn es ist in unserem ureigensten Interesse, zu verstehen, was die Bevölkerung bewegt.

Erfreut dürfen wir festhalten, dass heute – im Gegensatz zu 2019 – den Gemeinden und Kantonen dank privater Firmen ein breites Spektrum an Applikationen und Plattformen zur Verfügung steht, um genau diesen Austausch zu ermöglichen. Dass diese Entwicklung aber erst am Anfang steht, hat die Studie der ZHAW klar aufgezeigt. Über zwei Drittel der Befragten, die sich explizit geäussert haben, wünschen sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei wird digitale Kommunikation als schneller, einfacher und zugänglicher wahrgenommen. Besonders jüngere Menschen und Personen ohne Schweizer Pass zeigen ein starkes Interesse an digitaler Teilhabe. Das Problem, dass die digitale Teilhabe nicht weiter verbreitet ist, liegt somit nicht an der Bevölkerung oder den technischen Lösungen. Die Blockade besteht offenbar immer noch in den Köpfen der Politik und

Verwaltung. Ich zitiere aus dem Bericht: «Für den Kanton Zürich wäre es wünschenswert, Behörden von Gemeinden oder Städten zu finden, die sich daran beteiligen und den Partizipationsbaukasten aktiv im Rahmen der Weiterentwicklung ihrer Behördenprozesse einsetzen.» Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie diesen Hilferuf der Regierung ernst und prüfen Sie in Ihrem Einflusskreis, wo Sie das Potenzial der digitalen Teilhabe noch zur Entfaltung bringen können, die Bevölkerung wird es Ihnen danken. Wir schreiben ab.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Wir haben bereits regelmässig hier im Rat über Digitalisierungs-Vorstösse, -Postulate und so weiter gesprochen und diese behandelt. Diese Vorstösse gehören – das ist meine persönliche Sicht – nicht immer zu den glanzvollsten unseres Rates, und die daraus resultierenden Postulatsberichte oder Antworten sind auch nicht immer gleich prickelnd zu lesen. Doch ich muss gestehen, selten hat mich das Resultat eines Digitalisierungsvorstosses so überzeugt wie die Ausführungen hier, weshalb ich mich explizit für den Postulatsbericht bedanken möchte. Die Begleitung mittels Studie der ZHAW ist fundiert, umfassend. Der ausgearbeitete Partizipationsbaukasten für die Gemeinden ist praxisnah und intuitiv. Die Partizipationsvarianten können im Anwendungsfall und im Kontext eben angepasst werden. Das ist logisch und sinnvoll aufgebaut – gute Arbeit. Wir Grüne begrüßen die freien Wahlmöglichkeiten für die einzelnen Gemeinden, ich sehe das ähnlich wie Gabriel Mäder. Vielleicht ist die Praxisanwendung noch etwas neu. Aus diesem eher unscheinbaren Postulat wurde ein Glanzresultat erzielt. Wir Grüne schreiben das Postulat ab. Besten Dank.

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon): Vor fünfeinhalb Jahren wurde das Postulat «Neue Formen der Partizipation dank Digitalisierung» eingereicht. Heute würden wir wahrscheinlich nicht mehr von neuen Formen der Partizipation reden. Die Studie der ZHAW hat gezeigt, dass über 47 Prozent der Befragten die aktuellen Mitwirkungsmöglichkeiten als ungenügend empfanden und mehr Mitbestimmung über digitale Formen gewünscht haben.

Zum Baukasten, der von der Studie empfohlen und auch umgesetzt wurde: Ein Baukasten ist super, flexibel und anpassbar. Man kann nehmen, was man gerade benötigt. Doch leider habe ich keine digitalen Tools gefunden. Ein Baukasten ohne Tools ist fast wertlos. Für die Gemeinden wäre ein solcher Baukasten sinnvoll, um nicht alles selbst erarbeiten zu müssen. Das spart Zeit und Geld.

Gemeinden brauchen besondere Umfragetools, Entscheidungstools, Hilfen für Erklärvideos und vielleicht noch eine Unterstützung bei der Umsetzung. Wäre da nicht eine Zusammenarbeit mit egovpartner ideal? Diese Organisation treibt die Digitalisierung voran. Von den 160 Gemeinden im Kanton Zürich sind 124 Teil von egovpartner und zahlen dabei 1.30 Franken pro Einwohner und Einwohnerin. Das ist nicht wenig. Der Nutzen dieser Plattform könnte durch die Bereitstellung digitaler Tools deutlich verbessert werden. Die EVP schreibt das Postulat ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Vor zwei Jahren bei der Überweisung des Postulats hat die Alternative Liste dieses zusammen mit der EVP, der Mitte und der

SVP abgelehnt. Damals war bereits unklar, was nun genau mit diesem Postulat bezweckt werden sollte. In der Begründung war das Postulat ein wahres Potpourri verschiedenen Ideen, die uns alle nicht zu überzeugen vermochten. Als Beispiele wurden eine Digitalisierung von Vernehmlassungsantworten oder auch andere Onlineplattformen genannt. Man wusste also nicht so richtig, was dieses Postulat genau wollte.

Nun ja, was macht der Regierungsrat mit diesem Postulat? Es scheint, dass er offenbar genauso ratlos war wie wir. Was macht man in solch einem Fall? Jawohl, eine Studie, so was geht halt immer. So kam es, dass die ZHAW eine solche Studie durchgeführt hat. Und wenn ich diese Studie nun durchlese, dann stand die ZHAW wohl vor denselben Problemen wie wir und entwickelte daraus eine Art Partizipationsbaukasten mit einem weiteren Potpourri von Ideen, die aber alle nicht zu überzeugen vermochten – welche Überraschung! Und so kommt es am Schluss zum unvermeidlichen Fazit: Ausser Spesen nichts gewesen. Nun ja, ich als Vertreter der AL kann Ihnen nur empfehlen: Folgen Sie in solchen Fragen das nächste Mal der Fraktion der AL, dann können wir uns das Geld für konkretere Ideen aufsparen. Denn konkrete Ideen und Projekte in der Digitalisierung gibt es genug, bei denen man auch weiss, was man bekommt. Lesen Sie hierzu beispielsweise die strategischen Initiativen bei uns im Kanton. Oder auch umstrittenere Ideen wie E-Voting gibt es. Ob man die nun gut oder schlecht findet, immerhin sind es konkrete Ideen, bei denen man weiss, was man hat. Dieses Postulat stand hierzu von Anfang an quer in der Landschaft. Wir haben dieses Postulat von Anfang an abgelehnt und schreiben es demzufolge folgerichtig ab.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Teilhabe ist eine der grossen Herausforderungen für das Gemeinwesen, insbesondere auch für die Gemeinden und Städte, das wissen die Gemeindebehörden. Sie wissen, dass die Gemeindeversammlungen ein Format sind, dass sie aber, wenn sie grössere Projekte, komplexere Vorhaben in einer Gemeinde entwickeln wollen, dafür auch auf den Dialog mit breiteren Bevölkerungskreisen angewiesen sind. Das ist auch der Grund, warum einerseits in Projekten der Plattform «Gemeinden 2030», andererseits bei egovpartner und selbstverständlich auch bei direkten Gesprächen zwischen Stellen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden diese Frage immer wieder im Raum steht: Wie erreichen wir unsere Bevölkerung? Wie können wir sie motivieren, mitzumachen, teilzunehmen, ihre Ideen und ihre Vorstellungen einzubringen und auch gemeinsam zu diskutieren?

Die Gemeinden erproben verschiedene Formate. Viele solche Zukunftswerkstätten finden analog statt, am Samstagmorgen, am Wochenende. Wir haben verschiedene Angebote auch vom Kanton mitunterstützt, auch unterstützt in der Art, wie man das durchführen kann. Andere finden digital statt, das hängt halt sehr davon ab, wie die Gemeinde sich selber versteht, wie sie den Kontakt zur Bürgerinnen und Bürgern pflegt, wie fit sie selber in der Verwaltung ist, welche Vorstellungen sie hat, und das ist auch richtig so. Das ist Teil der Gemeindeautonomie, Teil auch dieses Kerns der Gemeindeautonomie, nämlich dass Gemeinden

in dieser Art, wie sie das Zusammenleben mit ihrer Bevölkerung gestalten, frei sind und letztlich demokratisch über die Wahlen dafür auch legitimiert sind.

Wir vom Kanton können eine Ergänzung bieten – mit diesem Digitalisierungsbaukasten. Der Baukasten, der Partizipationsbaukasten, wurde durch diese Studie aufgebaut. Selbstverständlich kann die Fachstelle Teilhabe hier auch Gemeinden weiter unterstützen, sollte es konkreter werden, sollten gewisse Erfahrungen gemacht werden. Der Dialog ist zwischen Kanton und Gemeinden sehr wichtig in diesen Fragen, und alle, die ihn schon genutzt haben, wissen auch, dass die kantonalen Stellen dafür sehr offen und sehr unterstützend sind. Insofern hat dieses Postulat eine weitere Grundlage für diesen Dialog mit der Bevölkerung gelegt. Wie er genutzt wird, ist Sache der Gemeinden, das ist auch richtig so. Vonseiten Kanton stehen die entsprechenden Fachleute sicher zur Verfügung.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 226/2019 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.